

Antrag

der Fraktion der CDU

Neue E-Government-Strategie für Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2012 einen Bericht vorzulegen, welcher die bisherige E-Government-Strategie des Landes hinsichtlich des Umsetzungsstandes und des Erfolges bilanzierend darstellt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 30. Juni 2013 eine Fortschreibung beziehungsweise Neufassung der E-Government-Strategie für Brandenburg vorzulegen, welche die Ergebnisse der Auswertung sowie aktuelle Anforderungen an Information, Kommunikation und Datensicherheit entsprechend berücksichtigt.
3. Bei der Erarbeitung der neuen Strategie sind die Kommunalen Spitzenverbände, die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg sowie die zuständigen Ausschüsse des Landtages frühzeitig einzubinden.

Begründung:

E-Government kann die klassischen Verwaltungsgänge eines Bürgers zu einer Behörde zu großen Teilen ersetzen. Eine entsprechende Breitbandverbindung vorausgesetzt, lassen sich Verwaltungsvorgänge durch Automatisierung und Zentralisierung auf elektronischem Weg sowohl für Bürger als auch für Behörden deutlich effizienter abwickeln.

E-Government treibt die Modernisierung und Optimierung der Prozesse in der öffentlichen Verwaltung voran, ermöglicht mehr Transparenz im Verwaltungshandeln und verbessert gleichzeitig deutlich die Handlungs-, Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten von Bürgern, Verwaltung und Politik. Diese Vorteile fallen insbesondere für die ländlichen Regionen Brandenburgs ins Gewicht. Daher ist eine an den technischen Möglichkeiten ausgerichtete und zukunftsorientierte Strategie für Realisierung moderner Verwaltungsdienstleistungen von großer Bedeutung.

Die aktuelle Grundlage für E-Government in Brandenburg - die E-Government-Strategie - stammt aus dem Jahr 2003 und entspricht nicht mehr den sich rasch verändernden Anforderungen einer modernen Kommunikation. Der vorliegende Antrag

fordert deshalb neben einem Sachstandsbericht die Erarbeitung einer neuen Strategie, welche den Herausforderungen eines leistungsfähigen E-Governments Rechnung trägt.

Dieter Dombrowski
für die CDU-Fraktion